

Trump droht BRICS-Partnern mit zusätzlichen Zöllen

Der US-Präsident hat die Länder davor gewarnt, sich einer „anti-amerikanischen Politik“ anzuschließen.

7. Juli 2025 | RT Business News

US-Präsident Donald Trump hat gedroht, jedem Land, das sich mit den BRICS-Staaten „verbündet“, zusätzliche Zölle in Höhe von 10 Prozent aufzuerlegen, und beschuldigte den Wirtschaftsblock, eine „anti-amerikanische Politik“ zu verfolgen.

Die Warnung kam nur wenige Stunden, nachdem die Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten ihren jährlichen [Gipfel in Rio de Janeiro](#) beendet hatten. In ihrer gemeinsamen Erklärung kritisierte die Gruppe einseitige Zollmaßnahmen und verurteilte das, was sie als „wahllose“ Handelsmaßnahmen bezeichnete, ohne die USA direkt zu erwähnen.

„Jedes Land, das sich der antiamerikanischen Politik der BRICS anschließt, wird mit einem ZUSÄTZLICHEN Zoll von 10 Prozent belegt. Es wird keine Ausnahmen von dieser Politik geben“, schrieb Trump am Sonntag in einem Beitrag auf Truth Social.

Die Warnung erinnert an Trumps noch schärfere Äußerungen im Februar, als er den BRICS-Mitgliedern mit Zöllen von bis zu 100 Prozent drohte. Damals erklärte er, die BRICS seien „tot“, wenn sie eine gemeinsame Währung einführen oder auf andere Weise die Dominanz des US-Dollars im Welthandel in Frage stellten.

Die BRICS, die ursprünglich 2006 von Brasilien, Russland, Indien und China gegründet wurden, haben sich um Südafrika, Ägypten, Iran, Äthiopien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Indonesien erweitert. Auf dem Gipfeltreffen der Gruppe in der russischen Stadt Kasan im vergangenen Jahr genehmigten die BRICS den neuen Status eines „Partnerlandes“ als Reaktion auf das wachsende Interesse von mehr als 30 Ländern an einer Mitgliedschaft.

Der russische Präsident Wladimir Putin [sagte](#) während des Gipfels am Sonntag, dass das gemeinsame BIP der Gruppe, gemessen an der Kaufkraftparität, das der G7-Staaten übersteigt. Die Gruppe repräsentiert nun fast die Hälfte der Weltbevölkerung und etwa 40 Prozent des globalen BIP.

Seit seiner Rückkehr ins Amt im Januar hat Trump eine Zollkampagne zum Schutz der US-Hersteller gestartet. Sie gipfelte am 2. April in einer Reihe von Maßnahmen, die er als „Tag der Befreiung“ bezeichnete, darunter pauschale Zölle von 10 Prozent und bis zu 70 Prozent auf Länder, die er beschuldigte, die USA besonders „unfair“ zu behandeln.

Die meisten der Zölle wurden für 90 Tage ausgesetzt, um Verhandlungen zu ermöglichen. Die Frist wurde weiter bis zum 1. August verlängert, da Trump Briefe an die US-Handelspartner schreibt, wobei die ersten „take it or leave it“-Deals nach Angaben des Präsidenten am Montag verschickt werden sollen.

„Ich freue mich, ankündigen zu können, dass die UNITED STATES ZOLL-BRIEFE bzw. Abkommen mit verschiedenen Ländern der Welt am Montag, dem 7. Juli, ab 12.00 Uhr (Ostküste) zustellen werden“, schrieb Trump am Sonntag in einem separaten Post.

US-Finanzminister Scott Bessent erklärte gegenüber CNN, dass Trump auch Briefe an 100 kleinere Länder verschicken werde, „mit denen wir nicht so viel Handel treiben“ und von denen viele „bereits den Basiszollsatz von 10 Prozent“ hätten.

Bislang haben die USA nur mit dem Vereinigten Königreich ein Abkommen unterzeichnet, das einen Zollsatz von 10 Prozent vorsieht, und mit Vietnam einen Mindestzollsatz von 20 Prozent. Washington einigte sich auch mit Peking auf eine vorübergehende Begrenzung der Zölle auf 30 Prozent, nachdem sie Anfang des Jahres in einer Reihe von Retourkutschen auf 145 Prozent angehoben worden waren.